

Empfehlungen

der Ausschüsse

zum

Vorschlag einer Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) des Rates zur Änderung der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften in Dänemark, in der Bundesrepublik Deutschland, in Irland und im Vereinigten Königreich anwendbar sind

KOM(84) 274 endg.; EG-Dok. 8828/84

Punkt der 543. Sitzung des Bundesrates am 16. November 1984

A

1. Der Ausschuß für Innere Angelegenheiten empfiehlt dem Bundesrat, zu dem Verordnungsvorschlag wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Bundesregierung wird gebeten, den Verordnungsvorschlag abzulehnen.

Der von der Kommission vorgelegte Verordnungsvorschlag zeigt wiederum deutlich, daß das geltende Verfahren zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge der EG-Bediensteten äußerst aufwendig, kompliziert und schwer durchschaubar ist. Der Bundesrat bekräftigt daher die wiederholt von ihm vertretene Auffassung, daß das Anpassungsverfahren dringend einer Reform bedarf. Die

Automatik der Besoldungsanpassung im EG-Bereich, die ausschließlich an Indexzahlen gebunden ist und dem Rat keinen Entscheidungsspielraum bei der Festsetzung der Dienstbezüge beläßt, ist nicht mehr vertretbar, weil durch die automatische Anpassung das hohe Besoldungsgefälle zwischen dem EG-Bereich und der Besoldung der Beamten im nationalen Bereich weiter festgeschrieben wird. Im übrigen wird hierzu verwiesen auf den Beschluß des Bundesrates vom 13. Juli 1984 (Drucksache 259/84 - Beschluß -).

B

2. Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften empfiehlt dem Bundesrat, von der Vorlage Kenntnis zu nehmen.